

# “SUSTAINABLE FINANCE” & KOMMUNEN



**B**ereits kurz nach Amtsantritt hat die Europäische Kommission mit dem „European Green Deal“ dargelegt, wie Europa bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent weiterentwickelt werden soll. Die Erreichung dieses Ziels hat die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen selbst als europäische Mondlandung bezeichnet. Dieser historische Vergleich zeigt die Dimension des Vorhabens. Die „Landung“ kann dabei nur gelingen, wenn der Übergang zu einer klimaneutralen Europäischen Union für alle gerecht und inklusiv gestaltet wird. Die zu meistern den klima- und umweltpolitischen Herausforderungen sind umfassend und schließen auch den Finanzbereich mit ein. „Sustainable Finance“ ist hier das Schlagwort der Stunde.

Doch was wird überhaupt unter „Sustainable Finance“ bzw. „Nachhaltige Finanzen“ verstanden und was bedeutet das für die Kommunen? Das Bundesministerium der Finanzen unterscheidet hier zwischen der Finanzmarktpolitik und der die Steuern und Ausgaben betreffenden Fiskalpolitik. Inhaltlich richten sich die „Sustainable Finance“ grundsätzlich an den 17 Zielen der Vereinten Nationen für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals (SDGs)) aus, wobei aktuell der Schwerpunkt auf den umwelt- und klimapolitischen Zielen liegt. Im Folgenden soll insbesondere die Bedeutung von „Sustainable Finance“ für die Kommunen als Träger der Sparkassen sowie als Finanzmarktakteur einführend beleuchtet werden.

## KOMMUNE ALS KREDITNEHMER

Bereits kurz nach der Verkündung des „European Green Deal“ hat die Europäische Investitionsbank (EIB) bekanntgegeben, die erste Klimabank Europas zu werden. So will die weltweit größte öffentliche Förderbank ab dem Jahr 2022 keine fossilen Energieprojekte mehr finanzieren und stattdessen ein umfassendes Investitionsprogramm für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und grüne Innovation auflegen. Mittelfristig wird sich die EIB auch mit der Frage befassen müssen, welche Infrastrukturprojekte als „Klimabank“ künftig überhaupt noch finanzierungsfähig sind und welche Kriterien hierfür herangezogen werden. Hieraus ergeben sich weitere Fragen, zu denen



### Fragen zur künftigen Fremdfinanzierung

- Richtet man sich rein an Umwelt- und Klimaaspekten aus oder werden alle SDGs miteinbezogen?
- Ist eine auf den motorisierten Verkehr ausgerichtete Straßenbrücke über die EIB künftig dann überhaupt noch finanzierbar?
- Oder wäre eine Kreditfinanzierung über die EIB nur möglich, wenn die betreffende Brücke zumindest stündlich auch vom ÖPNV genutzt werden würde?
- Oder wären überhaupt nur Fußgänger-, Rad- oder Eisenbahnbrücken förderfähig?
- Oder selbst diese nicht, da sie letztlich einen Eingriff in die Natur darstellen würden?

die EIB in den kommenden Jahren Antworten finden müssen. Dass es derzeit eher eine Ausnahme darstellt, dass Kommunen direkt bei der EIB Kredite aufnehmen, spielt eigentlich keine Rolle. Schließlich kann davon ausgegangen werden, dass die Politik der EIB unmittelbar auch auf die Förderpolitik der KfW und letztlich damit auch auf die Landesförderinstitute ausstrahlen wird.

Neben der Fremdfinanzierung von Investitionen in die kommunale Infrastruktur leiden viele Kommunen auch unter einem hohen Kassenkreditbestand. Ob überjährige Liquiditätskredite künftig als nachhaltig, da kommunal, gelabelt werden können, wird sich zeigen. Eine Klassifizierung als „nicht-nachhaltig“ hätte steigende Zinskosten zur Folge, die wiederum zum Beispiel die finanziellen Spielräume für kommunale Investitionen in Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel einschränken würden.

Aktuell wird ferner im Übrigen auch die Verpflichtung der kommunalen Ebene zu einem „grünen Rating“ diskutiert, welches derzeit nur hinsichtlich der Aufnahme „grüner“ Schuldscheindarlehen bzw. Anleihen notwendig ist. Dies würde zu höheren Finanzierungskosten, die letztlich wieder vom Steuerzahler getragen werden müssen, führen. Kleine Gemeinden würden finanziell dabei besonders stark belastet werden, da die Kosten eines solchen Ratings in der Regel in keinem Verhältnis zur geplanten Kreditaufnahme stünden. Natürlich können die Kommunen zur Finanzierung eines großen und nachhaltigen Infrastrukturprojektes aber auch selbst sogenannte Green, Social oder Sustainability Bonds auflegen, was die Finanzierungskosten wiederum senken könnte, aber vor allem mit Blick auf die Langfristigkeit sowie die Diversifizierung des Kreditportfolios sinnvoll sein kann. Die Nachfrage nach solchen Bonds hat im vergangenen Jahr jedenfalls

merklich zugenommen. Bei Unternehmen und Bürgern ist verstärkt die Bereitschaft festzustellen, bei nachhaltigen Investitionsprojekten auf die marktüblichen Zinskonditionen zu verzichten. Im Jahr 2018 emitierte als erste Stadt Hannover einen „Green & Social-Schuldschein“.

### KOMMUNE ALS ANLEGER

In den vergangenen Jahren hat die nachhaltige Anlage von Kapital in immer mehr Städten an Bedeutung gewonnen (z. B. Münster, Göttingen). Ähnlich wie bei den Krediten wird sich in den kommenden Jahren für die Kommunen auch hier verstärkt die Frage stellen, ob etwaig vorhandene Vermögensreserven nicht grundsätzlich nachhaltig angelegt werden sollten. Per Gemeinderatsbeschluss könnte sich die Kommune verpflichten, nur noch nachhaltige Anlagen zu tätigen. Nur was ist nachhaltig? Während in Deutschland beispielsweise der Bau eines Atomkraftwerks kaum als nachhaltig gilt, wird dies in unserem Nachbarland Frankreich schon ganz anders gesehen. Die Ende des vergangenen Jahres auf europäischer Ebene erzielte politische Einigung zwischen Rat, Parlament und Kommission für ein Klassifikationssystem bzw. eine EU-Taxonomie für grüne Finanzprodukte ist daher ein wichtiger Schritt, um allgemeinverbindlich Kriterien für nachhaltige wirtschaftliche Aktivitäten festzulegen. Insgesamt wurden sechs umwelt- und klimapolitische Ziele festgelegt. Damit ein Finanzprodukt als nachhaltig eingestuft werden kann, muss es mindestens zur Erreichung

*Umwelt- und klimapolitische Ziele*

1. Klimaschutz
2. Anpassung an den Klimawandel
3. Nachhaltige Nutzung und Schutz der Wasser- und Meeresressourcen
4. Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft
5. Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung
6. Schutz und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme

eines der genannten Ziele beitragen und darf zudem keines der anderen fünf Ziele wesentlich beeinträchtigen. Über delegierte Rechtsakte wird die Europäische Kommission in den kommenden Jahren diese sechs Ziele konkretisieren und auch genauer definieren, was „wesentlich“ ist. Ob letztlich Investitionen in die Atomenergie als nachhaltig eingestuft werden können, soll bis Ende des Jahres 2021 untersucht und geregelt werden.

### KOMMUNE ALS SPARKASSENTRÄGER

Als Träger der Sparkassen sind die Kommunen hier insbesondere von möglichen regulatorischen Auswirkungen von „Sustainable Finance“ betroffen. Hitzig wird derzeit intensiv über die Einführung eines sog. „Green Supporting Factors“ diskutiert. Grüne Kredite etc. wären dann qua Festlegung weniger risikobehaftet und müssten entsprechend mit weniger Eigenkapital hinterlegt werden. Dass für das Bankinstitut zum Beispiel ein Kredit für den Bau eines Büro- oder Verwaltungsgebäudes

mit einem begrünten Dach per se weniger risikoreich sei als ein Gebäude ohne Dachbegrünung erscheint zumindest fragwürdig. Gerade bei der Fremdfinanzierung müssen die tatsächlichen Risiken in den Blick genommen werden, ansonsten wird letztlich die gesamte Finanzmarktstabilität gefährdet.

Darüber hinaus wird ferner über einen sog. „Brown Penalising Factor“ diskutiert. Investitionen in besonders umweltschädliche Industrien würden grundsätzlich als risikoreicher eingeschätzt und hätten entsprechend erhöhte Kapitalanforderungen zur Folge.

### AUSBLICK & EINORDNUNG

Die Finanz- und Haushaltspolitik der öffentlichen Hand hat eine große Bedeutung für die Nachhaltigkeit. Die Europäische Union und aktuell auch der Bund treiben die Schaffung nachhaltiger Finanzmärkte voran, die bei Investitionen, Anlagen, Krediten oder Anleihen die Beachtung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeitsziele

einbinden. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, doch darf dabei keine Bürokratie entstehen, die letztlich kontraproduktiv sein wird. Gegenüber einer Regulierung sollte auf einen Benchmarking-Prozess gesetzt werden, in dem die besten Wege zu einem nachhaltigen Finanzmarkt gefunden und optimiert werden. Grundsätzlich gilt es dabei das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu wahren.

Schon heute berücksichtigen im Übrigen rund ein Drittel der Kommunen Nachhaltigkeitsaspekte sowohl bei der Kreditaufnahme sowie der Kapitalanlage. Dieser Anteil wird in den kommenden Jahren noch deutlich ansteigen. Es ist richtig, dass die öffentliche Hand hier mit „gutem Beispiel“ vorangeht. Genauso wichtig ist aber, dass dieser Schritt auf freiwilliger Basis erfolgt.

Auch künftig muss es Städten und Gemeinden möglich sein, den Bau kommunaler Infrastruktur zu marktgerechten Konditionen fremdfinanzieren zu können. Es ist für die Kommunen daher außerordentlich wichtig, dass sich „Sustainable Finance“ an den 17 SDGs ausrichten und sich nicht ausschließlich an umwelt- und klimapolitischen Zielen orientieren. Nur dann wird es uns gelingen alle staatlichen Ebenen, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft mitzunehmen und Europa zu einem klimaneutralen Kontinent zu transformieren. ■

### Der Autor:

Florian Schilling,  
Referatsleiter Deutscher Städte- und Gemeindebund